



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Uebel der Centralisation.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sich mit einem Schwertstreich Namen und die Anfänge einer nationalen und politischen Existenz errungen. Mit Takt hält es sich von all den Schlingen und Reizen, welche man ihm seit drei Jahren allerwege stellt, fern, klagt nicht, jammert nicht, macht keine Opposition und zeigt nirgends eine „incorrecte“ Gesinnung, ja es ertrug zwei Jahre lang die Verwaltung des Generals Mayrhofer, desselben, der sich bei den galizischen Mezeleien im Jahre 1846 so glänzend hervorgethan hatte.

Jetzt herrscht in allen serbischen Gebieten Oestreichs eine dumpfe, schwüle Ruhe und eine solche Theilnahmlosigkeit am Staate, daß man in Wien allen Ernstes glaubt, die Serben seien das schlechtestgestimmte Volk im ganzen Staate, weil sie alle Vorgänge der Regierung so betrachten, als ob sie dadurch nicht berührt würden, und als ginge sie Oestreich überhaupt gar Nichts an. Da sich aber nirgend eine incorrecte Gesinnung geltend macht, kann die Regierung gegen jene Haltung Nichts ausrichten, und ihre untergeordneten Organe machen ihrem Serbenhass durch Neckereien und Verfolgungen Luft, ohne die Serben aus ihrer Contenance bringen zu können.

Die Nebel der Centralisation.

De la grandeur possible de la France, faisant suite de la décadence de la France, par Mr. Raudot, membre de l'assemblée législative, auteur de la France avant la révolution.

Das Werk ist zwar vor dem Staatsstreich geschrieben, und kann daher auf die unmittelbare politische Entwicklung Frankreichs keine Einwirkung mehr haben. Allein da das gegenwärtige Regiment keineswegs die Bürgschaft ewiger Dauer in sich trägt, und da Frankreich, was es für politische Revolutionen auch noch durchmachen möge, immer wieder auf diese Ideen zurückkommen muß, wenn es einen wirklichen und dauerhaften Fortschritt machen will, so dürfte es nicht unpassend sein, die Ansicht des geistvollen Verfassers in ihren Hauptzügen mitzutheilen.

Von seiner frühern Schrift über den Verfall Frankreichs, die in kurzer Zeit hinter einander vier Auflagen erlebte, haben wir bereits Bericht abgestattet. Raudot hatte in derselben die gegenwärtigen Zustände Frankreichs in sehr düstern Farben dargestellt und als den ersten Grund derselben die über alles Maß ausgedehnte Idee der Centralisation nachgewiesen, welche unter dem alten Königthum nur angebahnt, durch die constituirende Versammlung von 1789 dagegen, und namentlich durch Napoleon, mit eben so bewundernswürdiger als verderblicher Consequenz durchgeführt war. Als wesentliche Folgen dieser Centralisation hatte

er einerseits die Absorption aller productiven Kräfte durch das politische Leben und das damit verbundene Zurückbleiben Frankreichs in den eigentlich productiven Leistungen, andererseits die vollständige Unmündigkeit der einzelnen politischen Kreise und ihre Unfähigkeit, sich in kritischen Augenblicken selbst zu helfen, bezeichnet.

In dem neuen Werk versucht er nun die Mittel anzugeben, diesem immerfortschreitenden Verfall der Productivität und der sittlichen Freiheit abzuhelpen. Obgleich er eigentlich Royalist ist und für das alte Frankreich vor der Revolution eine jedenfalls zu weit getriebene Vorliebe zeigt, hält er doch keineswegs die Rückkehr zur Monarchie für einen Fortschritt zum Bessern; er findet im Gegentheil, daß die republikanische Form unter den gegenwärtigen Umständen am meisten geeignet sein dürfte, das französische Volk zur Selbsthilfe anzuregen, und wenn er auch im Hintergrunde die Möglichkeit einer auf der Basis der neugewonnenen freien Verfassung aufzurichtenden Monarchie sieht, so ist ihm dieser Gesichtspunkt doch minder wesentlich, als das, was unmittelbar Noth thut: die Aufhebung der Centralisation im innern Staatsleben.

Es ist in Frankreich so weit gekommen, daß der Staat nicht bloß die Aufsicht über Administration, Industrie, Erziehungswesen und dergleichen führt, sondern sich als einzigen Verwalter betrachtet. Es kann in den Departements keine nützliche Einrichtung durchgeführt werden, die nicht in Paris in Beziehung auf ihr Verhältniß zu dem allgemeinen französischen Interesse in Erwägung gezogen, und in ihrer weitem Richtung bestimmt wäre. Die Verwaltung der Departements ist in den Händen der von Paris abgeschickten Präfecten, die kein lebendiges Interesse für die Angelegenheiten der ihnen anvertrauten Bezirke, ja nicht einmal eine Einsicht in die Bedürfnisse derselben haben, die ihre Stellen lediglich als eine Vorstufe zur weitem bureaukratischen Carrière betrachten, und ihr Verhalten ausschließlich darnach einrichten, dem augenblicklichen Machthaber in Paris gefällig zu sein.

Raudot verlangt nun, daß der Staat dieses unrichtige Verhältniß vollständig aufhebe, daß er seine Thätigkeit auf die allgemeine Politik und auf die Oberaufsicht beschränke, daß er die Verwaltung der Departements den Departements selbst, und die öffentlichen Unternehmungen, Eisenbahnen u. s. w. der Privatindustrie frei organisirter Gesellschaften überlasse. Er verlangt, daß die Gemeinderäthe, deren Zusammentritt ohne weitere Einschränkung von Seiten des Staats frei und öffentlich geschehen soll, die Maires ernennen und gemeinschaftlich mit den Maires alle Gemeindebeamten, selbst die Lehrer und Professoren, frei erwählen, und daß dasselbe Verhältniß in den Departements mit den Generalräthen stattfinden soll. Er will, unter Vorbehalt seltener Fälle, wo das allgemeine Interesse theilhaftig ist, die Nothwendigkeit der vorherigen Ermächtigung zur Ausführung der Beschlüsse der Gemeinde- und Generalräthe gänzlich

abschaffen, und das gegenwärtige Recht der Regierungsbevollmächtigten zur Aufhebung der Abänderung dieser Beschlüsse auf die Verlegung oder die Nichtausführung von Gesetzen beschränken. Er will, daß alle Angelegenheiten der Gemeinden, Cantons und Departements in der Provinz erledigt werden, nur in einzelnen Fällen unter Vorbehalt eines Recurses an den Staatsrath; daß die Verwaltung der provinziellen Interessen von den Regierungsbeamten an die Communalbeamten übertragen werde; daß die Entscheidung der Proceffe der Gemeinden, der Departements und des Staats über Kaufverträge oder Uebernahme von Arbeiten den gewöhnlichen Gerichtshöfen überwiesen werde, und daß jeder Privatmann die Befugniß haben soll, ohne vorhergehende Genehmigung von Seiten der höheren Beamten die Maires und alle Agenten der executiven Gewalt vor Gericht zu verfolgen.

Die Generalräthe der Departements ernennen also unabhängig ihre Verwalter; sie haben ihre eigene, vom Staat getrennte Polizei- und Finanzverwaltung. Der Präfect hat mit der Municipalverwaltung Nichts mehr zu thun, er soll nur in der Administration dieselbe Stelle einnehmen, wie der Appellationshof in der Justiz. Die Zahl der Präfecten kann daher eingeschränkt werden, etwa auf 25, und die denselben überwiesenen Bezirke werden am passendsten die alten Namen der Provinzen wieder annehmen, um auch auf diese Weise den Zusammenhang mit der Tradition herzustellen. Die Communicationsmittel und dergleichen, eben so die Schulen, Gestüte u. s. w. werden theils den Departements, theils der Privatindustrie überlassen. Es wird in allen diesen Dingen die freieste Concurrenz eingeführt, und dem Staat fällt es nicht ein, sich als Beschützer oder Beförderer der einen oder der andern Richtung darzustellen. Das Schutzollsystem wird aufgegeben, und statt dessen das System der Finanzzölle eingeführt; die Zölle, einzig zu dem Zwecke eingerichtet, Geld für den öffentlichen Schatz zu beschaffen, sollen auf festen Grundlagen ruhen, und lediglich nach dem Zweck der größtmöglichen Einnahme eingerichtet sein.

Was die höhere Politik betrifft, so erklärt sich Raudot für das Zweikammersystem. Die erste Kammer, aus 240 Mitgliedern bestehend, soll durch die Generalräthe der Departements, die zweite Kammer, aus 360 Mitgliedern, durch die Gemeinderäthe ernannt werden, und die Wahl des Präsidenten der Republik soll von den Cantonalräthen ausgehen. Auf diese Weise wird das conservative Princip durch die fortwährende Beziehung der höchsten Staatsgewalten auf die Localgewalten gekräftigt.

Eine sehr bedeutende Einschränkung des Militärs soll dadurch ermöglicht werden, daß das bisherige System der Conscription wieder aufgehoben und statt dessen ein freiwilliger Dienst von 15 Jahren eingeführt wird. Bei dem militärischen Geiste, der in Frankreich herrscht, hält es Raudot für möglich, ohne erhebliche Erhöhung des Soldes auf diese Weise eine Armee von 250,000 Mann

zusammenzubringen, die eben so viel ausrichten würde, als eine Armee von 400,000 Mann nach dem gegenwärtigen Conscriptiionssystem. — Um diesen Vorschlag richtig zu würdigen, muß man in Erwägung ziehen, daß in Frankreich der Dienstpflichtige einen Ersatzmann stellen darf, und daß der Dienst sieben Jahre dauert. — Ferner soll auch die Flotte auf die zur Deckung der Küsten nöthigen Schiffe eingeschränkt werden. Gegen die Continentalmächte, meint Randot, braucht man keine Flotte, gegen England reiche die Flotte nicht aus. Man solle mit England überhaupt keinen Krieg führen, weil dabei Frankreich auch bei dem günstigsten Erfolg nur verlieren könne; wenn man ihn aber führt, soll man ihn lediglich auf die Beunruhigung des englischen Handels einschränken.

Alles das sind Vorschläge, die wenigstens zu einem sehr ernsten Nachdenken anregen müssen. Für den Augenblick wird allerdings das Gegentheil geschehen. Die Centralisation wird ins Ungeheure gesteigert und im einseitigen Interesse der Staatspolizei ausgebeutet werden. Aber die gegenwärtige Regierung muß über kurz oder lang zu Grunde gehen, wie jeder rein äußerliche Despotismus, der auf keine höhere Berechtigung gegründet ist, und was dann an die Stelle treten wird, die Republik oder ein neues Königthum, wird zunächst darauf ausgehen müssen, eine conservative, von der augenblicklichen Stimmung der Pariser Bevölkerung unabhängige Autorität in den Departements herzustellen.

Die Bedeutung der Frage beschränkt sich nicht bloß auf Frankreich. Wir sehen in diesem Augenblick, wie England einer neuen Phase seines größern politischen Lebens entgegengeht. Die neue Reformbill wird wenigstens für den Augenblick der Politik eine neue Richtung geben. Zwar glauben wir mit Herrn Roebuck, daß sich auf die Dauer auch bei den verschiedensten Wahlrechten das Verhältniß ausgleichen wird, weil der gesunde Sinn des englischen Volkes es versteht, sich in seinen Repräsentanten vollständig auszudrücken, wie auch die Form der Wahl sein möge. Die erste Reformbill hat nicht gehindert, daß wenige Jahre darauf eine conservative Majorität im Unterhause saß, aber für den Augenblick wird allerdings durch die Veränderung der Wahlform auch die Gestalt des Parlaments verändert werden, und es ist vorauszusehen, daß der liberale Zuwachs eben so die aristokratische Whigpartei sprengen wird, wie Robert Peel die aristokratische Torypartei gesprengt hat. Die Engländer können aber mit großer Ruhe dieser Bewegung entgegensehen, denn sie haben in ihrer Municipalverfassung die sicherste Bürgschaft dafür, daß ihr inneres Staatsleben durch diese Bewegung nicht erschüttert werden kann.

Auf der andern Seite sehen wir ein angeblich conservatives Ministerium, das Ministerium Schwarzenberg in Oestreich, Alles daransetzen, die conservativen Grundlagen seines Staats, die bisherigen Municipalverfassungen, mit der Wurzel auszurotten, und eine Centralisation durchzuführen, die auf Oestreich um so verderblicher wirken muß, da hier von keiner gemeinsamen Nation die Rede ist, als deren Träger die Regierung sich darstellen könnte. In Frankreich hat sich

durch die Centralisation eigentlich das Volk doch immer nur selbst tyrannisiert, in Oestreich aber geht daraus ein ganz äußerlicher Despotismus hervor, der untrügliche Vorläufer der Revolution. Wir müssen daher die Opposition der sogenannten altconservativen Partei, die sich mehr und mehr in auswärtige Blätter flüchtet, so wenig wir im Uebrigen ihre aristokratischen Sympathien theilen, im Gegensatz zu diesem centralisirenden Absolutismus als berechtigt betrachten.

Endlich müssen wir noch einen Blick auf Preußen werfen, indem die nämliche Frage jetzt in den Kammern verhandelt ist. Die Frage wird in diesen Kammern ihren Austrag nicht finden, und zwar nicht blos, weil der Einfluß der Regierung sowol innerhalb der Kammern, als außerhalb derselben zu groß ist, um eine freie parlamentarische Entscheidung möglich zu machen, sondern vor Allem, weil von den sämtlichen Parteien der Kammern, die Regierungspartei mit eingeschlossen, keine einzige sich ein klares Bild davon gemacht hat, wie die Municipalverfassung mit der allgemeinen Staatsverfassung in Einklang zu bringen ist. Wenn die Regierung im vorigen Jahre die alten Provinzialstände einberief, um über die neue Municipalverfassung ihr Gutachten zu geben, so war dies allerdings zum Theil Coquetterie mit den Ideen der Kreuzzeitungspartei, welche an die Rechtsbeständigkeit dieser Institute zu glauben vorgab, zum Theil aber auch Unsicherheit des eigenen Willens, die sich gern anderswo Rath's erholen mochte. Diese Unsicherheit drückt sich auch bei den beredtesten Vertheidigern der Regierung aus. Wenn Herr Stahl z. B. versichert, daß seine Partei für das parlamentarische Wesen sei, nicht blos wegen des formellen Rechts, wegen der beschworenen Verfassung, sondern aus wirklicher Sympathie, da die Kammern ein viel bequemer Mittel zur Entfaltung einer geistreichen und schulmäßig gebildeten Partei hergeben, als die alten Provinzialstände, so glauben wir, daß er darin eben so aufrichtig ist, als in seiner Anpreisung des ständischen Princips für die Kreis- und Provinzialvertretung; aber daß er im Staatsorganismus beides neben einander für möglich hält, darin täuscht er sich selbst. Eine Kammer, die nicht auf die provinziellen Einrichtungen basirt ist, die im Gegentheil denselben widerspricht, ist entweder ohnmächtig, oder sie wird ihren Gegensatz unterdrücken. Beides liegt außerhalb des Bereichs der reactionairen Wünsche, und es wird daher weder die eine noch die andere Frage in dieser Session ihre definitive Lösung finden. Da der gegenwärtige Augenblick zur Organisation in großem Umfang nicht eben sehr geeignet ist, so dürfte es nicht sehr zu bedauern sein, daß wir noch nicht fertig werden.